

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

ausgesetzt. Durch unsere Gedanken sind Ihre Kosten monatlich 4,00 Mark. Bei der G-Postkarte ist abweichen monatlich 10 Mark. Bei der Post beträgt sie eigentlich 15,00 Mark, monatlich 4,00 Mark. Erklärt höchstens in den Nachmittagen haben mit Ausnahme des Grunde und Belehrungen. Unsere Zeitungsmaterialien und Ausgabenstellungen, sowie die Postenhalten und Belehrungen nehmen Beziehungen aufgegeben.

**Ausgewertete:** Die Abhangigkeitseigenschaft über diesen Raum für Ausgabe aus Raus und dem Begriff Schmerzreaktionen zu 95%, auswertbare Ausgaben zu 97%, Reaktionseigenschaft für Raus und den Begriff Schmerzreaktionen zu 96% Dfg., fehlt 500 Dfg. Bei erlaubten Ausgaben entsprechendes Korrett. Ausgewertungsmethode die Spalten 4% über norm. Zur jeder im Gap kann Gewährleistung gegeben werden, wenn die Ausgabe der Ausgabe durch Beantworter erfolgt oder das Maßnahm nicht aus L+R testbar ist.

No. 13.

Montag, den 17. Januar 1921.

16. Jahrgang

## Das Wichtigste vom Tage.

Das fälschliche Gesamtministerium hat den  
Reichspräsidenten über das Volksbegehrten und den  
Volksentscheid verabschiedet.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates sprach sich für völlige Aufhebung der gesamten Tabakzwangswirtschaft aus.

Die Reichsregierung hat der Friedenskonferenz und den Entente-regierungen eine neue Note und umfangreiches Material überreichen lassen, das die polnischen Vorbereitungen für einen neuen Krieg in Oberschlesien betrifft.

Um der östpreußischen Grenze zeigen sich seit Mittwoch polnische Truppenansammlungen. Südlich von Johannisburg sind mindestens zwei Divisionen versammelt.

Die Zusammenkunft des obersten Rates wird wegen der französischen Ministerkrise nicht am 19. Januar stattfinden können. Man glaubt, daß die Zusammenkunft noch vor Ende dieses Monats stattfinden wird.

Fünfzig Jahre Deutsches Reich.

1871 — 18. Januar — 1921

Versailles! Trauer erfüllt das Herz jedes Vater-  
landsfreundes, zu welcher Partei er sich auch bekennen  
mag, wenn ihm heute dieser Name ins Ohr klingt, der  
Name der prunkvollen alten Bourbonenresidenz, in der  
in den Januartagen des Jahres 1920 das Deutsche Reich  
durch einen Friedensschluß, der ein politisches Todes-  
urteil bedeutete, dem Untergange nahegebracht wurde,  
dasselbe Deutsche Reich, das 49 Jahre vorher in diesem  
selben Versailles aus langem Torntäuschenschlaf zu neuer  
Brüderlichkeit und Herrlichkeit erstanden war und zu glorreicher  
Einheit von unvergänglicher Dauer zusammengeschweißt  
zu sein schien. Heute, wo sich der Jahrestag der Reichs-  
gründung zum fünfzigsten Male führt, können wir, rück-  
schaubend, nur mit Wehmut der glänzenden Vergangen-  
heit gedenken und nur in des Herzens tiefsten Schäden  
die Hoffnung hegen, daß einst vielleicht für das in grau-  
samster Weise gedemütigte und erniedrigte Reich, das  
jetzt nur ein Torso ist, nach langen, trüben Wintertagen  
ein neuer Wüstenfrühling, ein zweiter Auferstehungstag  
kommen wird. Der große Gedenktag der Reichsgründung  
aber sei uns Unlaß, noch einmal an unserem geistigen  
Huge Historisch-Gewordenes vorüberzutragen zu lassen,  
noch einmal uns an einem der erhabensten Bildern aus  
deutscher Vergangenheit aufzurichten.

Militärisch einig war ganz Deutschland 1870 gegen Frankreich in den Krieg gezogen; politisch einig sollte es daraus zurückkehren. Das war der Gedanke, der seit den ersten Siegen alle wahrhaft deutschen Männer durchdrang. Von dem Tage von Sedan an stand es für die Volksseele unwiderruflich fest, daß der Siegeskrieg ein neues Deutsches Reich sein müsse. Verhandlungen mit den Süßstaaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, die Ende September 1870 eingeleitet worden waren, wurden bald nach Versailles, wo sich das Hauptquartier befand, verlegt und Mitte November zu Ende geführt. Obwohl durch gewisse Vereinbarkeiten der Kleinstaaten noch immer wichtige Augeständnisse gemacht wurden, wurde durch die Versailler Verträge doch ein einiges Deutsches Reich geschaffen. Im Dezember schon genehmigten der Norddeutsche Reichstag und die Landtage von Baden, Hessen und Württemberg die Verträge, während Bayern erst am 21. Januar 1871 folgte. In Versailles hatte man aber die Zustimmung des bayerischen Landtages als sicher angenommen und das Deutsche Reich schon mit dem 1. Januar in Kraft treten lassen. Die Kaiserproklamation, die ursprünglich für denselben Tag angesetzt war, wurde mit Rücksicht auf Bayern hinausgeschoben, schließlich aber doch noch vor dem bayrischen Landtagsschluß abgehalten.

Die Wiederherstellung des Kaiserthums, die der Ausdruck der vollzogenen Einigung sein sollte, fand bei den leitenden Persönlichkeiten durchaus nicht ungeteilte Zustimmung, am allerwenigsten bei dem greisen König von Preußen, für den die neue Würde bestimmt war. Langsam, unter harten Kämpfen brach Bismarck den Widerstand des Königs, der die Kaiserkrone nur aus den Händen der Fürsten, nicht der Volksvertretungen entgegennehmen wollte. Nachdem am 6. Dezember 1870 der norddeutsche Reichstag beschlossen hatte, die Titel Deutsches Reich und Deutscher Kaiser in die Verfassung einzuführen, erschien am 18. Dezember in Versailles das von Simon geführte Reichstag Präsidium, um an den König die Bitte zu richten, er möge die ihm von den Fürsten angetragene Kaiserwürde annehmen. Am 18. Januar, dem Jahrestag der Krönung des ersten Königs von Preußen, fand dann die Kaiserproklamation statt. In letzter Stunde, am Vorabend des festlichen Tages, erhob sich noch einmal der Widerspruch des Königs. Er wollte nicht Deutscher Kaiser, sondern Kaiser von Deutschland heißen, obwohl diese Auffassung staatsrechtlich

nicht zulässig war. Der König nahm es sehr ungern auf, daß Bismarck bei den Verhandlungen die Titelfrage eigenmächtig entschieden hatte, und verweigerte dem Baumeister des Reiches, wie dieser selbst erzählte bei der Gelehrsamkeit sogar den Händedruck. In der Galerie des glaces, dem großen Spiegelsaal des Versailler Schlosses, verließ dann König Wilhelm um die Mittagsstunde des 18. Januar die Urkunde über die Wiederaufrichtung der deutschen Kaiserwürde, worauf Bismarck den Aufruf An das deutsche Volk zur Verlesung brachte. Der Schlussatz dieses Aufrufes lautete: Unser und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Meister des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens, auf dem Gebiete nationaler Wohlacht, Freiheit und Geltung. — In diesen Zeiten ist Deutschland dann zu ungeahnter Größe emporgemacht, als auf die Festtage Werkstage und auf die Zeit der Erhebung eine Zeit ernster, nüchternster Arbeit folgte. In diesem Friedenszeichen wird es, das sind wir gewiß, bereitst wieder siegen und das, was ein barbarischer Krieg ihm genommen, in friedlichen, nicht kriegerischen Eroberungen zurückgewinnen.

## Am Scheidewege der Finanzpolitik

**W. W.** Die deutsche Finanzpolitik steht am Scheidewege. Die bisherigen Methoden gestatten nicht mehr für die Gesamtheit die Summen flüssig zu machen, die aufgeglichen der ungeheuren Fehlbeträge im öffentlichen Haushalt erforderlich sind. Es handelt sich nämlich nicht um ein paar Millarden, die vielleicht durch allerbeste Haushaltssichtung und durch starke Beschränkung der öffentlichen Tätigkeit eingespart, auch nicht um Mehrbeträge, die für die hauptsächlichen Reichsteuern bei Erhöhung der Sätze errechnet werden könnten, sondern um Beträge von mindestens 60 bis 80 Milliarden Mark jährlich, d. h. eine Summe, welche die gesamten heutigen Einkünfte von Reich, Ländern und Gemeinden um ein beträchtliches übersteigt. Man neigt in der öffentlichen Meinung dazu, eine erhöhte und stark steigende Einkommensteuer als Mittelgrat der gesamten Bedarfssdeckung des Reiches hinzustellen. Es ist allerdings sehr bequem, jeden Mehrbedarf des Reiches einfach dadurch zu decken, daß man Bußschläge zur Einkommensteuer erhebt. In der Praxis kommt diese Maßnahme jedoch auf eine vorsätzliche Belastung derjenigen hinaus, die auf Arbeitseinkommen angewiesen sind. Diese Volksgenossen, ob sie Arbeiter, Angestellte, Beamte oder sonst gegen festes Entgelt beschäftigte Personen sind, bezahlen die Einkommensteuer restlos, da das Einkommen ja aus den Lohn- und Gehaltsbüchern jederzeit nachgewiesen werden kann. Anders ist es bei den Personen, die Einkommen aus den verschiedensten Quellen beziehen, und bei denen häufig die Quellen verborgen und unrein sind. Zahlreichen Arten von Provisions-, Vermittler-, Beteiligungs- und anderen Gewinnen gegenüber ver sagt unsere Steuerpolitik. Je höher die Steuersätze nach oben gestaffelt werden, umso größer ist der Anreiz für Bezieher solcher Einkommen, falsche Angaben zu machen und sich damit der Steuer ganz oder in erheblichem Grade zu entziehen. Überspannung der Einkommensteuer bedeutet also die Belastung erwerbstätiger Schichten, denen man vom Standpunkt der Staatsmoral und der wirtschaftlichen Zweckmöglichkeit am ehesten Schonung angedeihen lassen möchte. Dähmt einerseits eine übermäßige Einkommensteuer den Erwerbstrieb und damit die Arbeitsenergie des Einzelnen, so würde andererseits eine übermäßige Belastung des Vermögens dazu führen, daß wirtschaftliche Produktionsmittel zu Geld gemacht und verbraucht werden.

Diese Erkenntnis führt zu dem Schluß, daß man neue Wege der Finanzabhebung beschritten werden müssen. Die Grunderkenntnis, daß dauernde Abgaben nur aus den Erträgssummen der Wirtschaft liegen können, führt dazu, die geschaffenen Werte dort zu erfassen wo sie entstehen, d. h. also in der Wirtschaft selber. Die Heranziehung wirtschaftlicher Unternehmungen, bzw. der organisierten Wirtschaftsunternehmungen eines Erwerbszweiges bedeutet im wahren Sinn ein Schöpfen der Steuer an der Quelle. Die vor einiger Zeit vielgenannten Steuerkonditate würden Garantie- und Umlagestellen der organisierten Wirtschaftsgruppe sein. Das Reich würde diesen Organisationen bestimmte Summen als Beiträge zum öffentlichen Haushalt auferlegen und sie ermächtigen, die Beiträge wieder auf die Mitglieder umzulegen. Die Höhe der aufzubringenden Summe muß abhängig gemacht werden zunächst von der Höhe des öffentlichen Bedarfs, sodann aber auch von der Prosperität des betreffenden Wirtschaftszweiges. Die Körperschaft, die diese Grundlinien in die Praxis umzulegen geplant ist, ist der Reichswirtschaftsrat, das Organ der deutschen Wirtschaft. Hierdurch wird die Bedeutung des von Dr. Wirth unlängst im finanziellen Unterausschug des Reichswirtschaftsrats gesprochenen Worte gekennzeichnet; es steht ein großer Tag für den Reichswirtschaftsrat bevor. Die Orientierung auf dem neuen finanzpolitischen Wege erfordert Zeit. Deutschland entschließt sich zu der großen Steuerform nicht nur, um seine eigene Wirtschaft und seine eigenen Finanzen in Ordnung zu bringen, sondern auch um das vor Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen im Oktober 1918 feierlich gegebene Versprechen der

Wiederherstellung einzulösen. Das Werk erfordert Zeit. Es ist deshalb im Interesse nicht nur des deutschen Schuldners, sondern auch der Verbandsgläubiger unerlässlich, daß uns eine Schonfrist eingeräumt wird, in der wir das neue Finanzinstrument schließen und zur Anwendung bereit machen.

## **Ein Aufruf an die Eisenbahner.**

Der Schuhrausch erläutert im Einverständnis mit den hinter ihm stehenden Verbänden, dem Deutschen Eisenbahnerverband der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und dem Allgemeinen Eisenbahnerverband einen Aufruf, in dem es heißt: Nach langwierigen Verhandlungen, welche am 14. Januar in der Reichskanzlei ihren Abschluß fanden, wurde ein Ergebnis erzielt, das zustandegekommen ist unter Mitwirkung von Vertretern der großen deutschen Spartenorganisationen und nach vollständiger Erprobung des Verhandlungsweges. Die Vorstände der Eisenbahnverbände werden lebt auf dem schnellsten Wege zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die Vertreter der Spartenorganisationen haben den Schuhrausch ersucht trotz der in verschiedener Beziehung nicht zufriedenstellenden Abmachung seine Bedenken zurückzustellen und das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen. Sobald die Stellungnahme der verantwortlichen Organisationinstanzen feststeht, wird diese mit aller eingehenden Darstellung des gesamten Sachverhaltes den Mitgliedern unterbreitet werden. Die vom Schuhrausch zusammengeschlossenen Verbände ersuchen ihre Mitglieder, diese Stellungnahme der verantwortlichen Verbände zu stellen abzuwarten und sich durch Feinerie von unverantwortlicher Seite kommende Beeinflussungen zu Teilstreiks und Bergleichen hinreihen zu lassen. Die Vertreter der Eisenbahnerorganisationen müssen die große Verantwortung für derartige Aktionen ablehnen und ersuchen die Mitglieder ihrer Verbände dringend, die Schlagkraft ihrer Organisationen nicht zu gefährden.

# Appell der deutschen Bergarbeiter an die Internationale.

Der fast 500 000 Mitglieder zählende Verband der Bergarbeiter Deutschlands macht in einer einstimmig angenommenen Entschließung die der Bergarbeiter-Internationale angehörigen Bergarbeiterverbände in Frankreich, Belgien und Großbritannien, sowie die Leiter der Allgemeinen Gewerkschafts-Internationale (Amsterdam) dringend darauf aufmerksam, daß nach dem Ablauf des Abkommens von Spa über die Kohlenlieferungen Deutschlands von den deutschen Bergarbeitern eine noch höhere Lieferung gefordert werde, und daß außerdem die 5-Goldmark-Prämie nicht mehr bezahlt werden solle. Dagegen müßten die deutschen Bergarbeiter entschieden Protest erheben unter Hinweis darauf, daß der Kohlenmangel in Deutschland jetzt weit größer sei als in den anderen großen Industriestaaten, daß die deutschen Bergarbeiter mehr Stunden wöchentlich arbeiteten, als nach dem Beschuß der internationalen Arbeitskonferenz in Washington zulässig sei, und daß der Fortfall der 5-Goldmark-Prämie deren Ernährungszustand derart verschlechtern würde, daß ein unabsehbarer Rückgang der Leistungsfähigkeit eintrete; die deutschen Bergarbeiter bitten die Kameraden in der Bergarbeiterinternationale und der großen Gewerkschaftsinternationale, sie energisch zu unterstützen in ihrem Bemühen, zu einem Kohlenabkommen zu gelangen, welches die deutsche Bergarbeiterchaft nicht noch stärker belastet, sondern sie in humaner Weise entlastet und der deutschen Volkswirtschaft die Lebensmöglichkeit gibt.

## Minister Hermes über die Ernährungslage

Reichsminister Dr. Hermes sprach gestern in Dresden vor Pressevertretern über die gegenwärtige Ernährungslage und die zukünftige Ernährungspolitik. Er führte dabei u. a. aus, daß die große Not nur durch Steigerung des Angebots an Lebensmitteln zu lindern sei. Die Ernährungswirtschaft sei eine Mangelwirtschaft. Der Mangel müßte aber durch Steigerung der Inlandsproduktion und der Einfuhr von Lebensmitteln gehoben werden. Der Abbau der Ernährungswirtschaft entspräche sowohl den Produzenten, wie den Verbrauchern. Aber nicht nur auf Erfassung des Getreides und Abbau der Ernährungswirtschaft dürfe das Augenmerk gerichtet werden, sondern vor allem auch auf die Förderung der Produktion. Diese könne nur gesteigert werden durch genügende Menge von Kunstdünger und bessere Einfuhr von Futtermitteln. Der Ausbau könne nur nach einfachen und klaren Grundsätzen erfolgen. Die Brotgetreideversorgung sei schwierig wegen des dauernden Rückgangs der Ernte und wegen des Versagens der Executive. Die beste Kapitalanlage sei die gute Ernährung. Deswegen müssen 21½ Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden. Ein Teil dieses Einfuhrprogramms sei bereits abgewickelt. Der andere Teil sei zwar schwieriger, aber nicht unmöglich, wenn die Entente weiterhin Erleichterungen

getödliche. Außer diesem Angriff im Auslande komme die Förderung der Produktion in Frage. Die Stickstoffproduktion sei heute schon größer als vor dem Kriege, nur an Phosphatkalk sei großer Mangel, und hierbei sei die Wiederaufstellung des Fleisches erforderlich. Die Stickstoffindustrie müsse mehr produzieren und aufführen, dann kann sie sich am besten selbst helfen. Außerdem sei auch über die zukünftigen Mindestpreise für die Landwirtschaft gesprochen worden, aber nur unverbindlich. Auch hier habe man über die Zukunft der Getreidewirtschaft gesprochen. Das bisherige System könne nicht mehr aufrechterhalten werden. Ein anderes müsse an die Stelle treten. Augenblicklich werde im Reichsministerium eine Denkschrift ausgearbeitet, die man der neuen Ernährungs-Ministerkonferenz, die etwa in 4 bis 8 Wochen in München zusammenentreten wird, vorgelegen geben. Die Einfuhr solle durch weiteren Ausbau der Kriegsgesellschaften und dadurch gesteigert werden, daß das Fleisch aus seiner Tätigkeit als Finkäfer im Auslande ausscheidet und diese dem freien Handel überläßt. Der Handel müsse von Einführbewilligungen und verzögernnden Formalitäten befreit werden. Die bisherige Freigabe von Lebensmitteln habe schon außerordentlich gut gewirkt. In Zukunft sei die völlige freie Einfuhr von Schmalz und kondensierter Milch zu erwarten. Eine völlige Freigabe der Getreidewirtschaft komme nicht in Frage. Um die Ablieferung von Brotgetreide zu erhöhen, solle jedem Landwirt für jede über das Voll abgelieferte Tonne Getreide eine Tonne bewilligten Maises als Viehfutter zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sollen die Schweinemäster verbilligte Mais erhalten, die das Fleisch der offenen Wirtschaft zur Versilbung stellen. Nur durch die Verminderung der Nachfrage könne der Schleihandel am besten belämpft werden. Die Brot- und Kochmehlration solle bis zum Ende durchgeholt, die Kochmehlration sogar noch erhöht werden. Im vergangenen Jahre seien 12 000 Fälle von Verbissen gegen die Getreideordnung auf Grund der Bucherparagraphen zur Aburteilung gelangt. Neue verschärzte Bestimmungen werden noch im Ernährungsministerium ausgearbeitet. Zum Schluß betonte der Minister, daß gewisse Bestrebungen im Gange seien, um neue Lebensmittelrechte im neutralen Ausland zu erlangen.

### Micne politische Meldungen.

**Die Volksabstimmung am 13. März?** Wie Petit Parisien meint, verlängerte man am Sonnabend in Londoner sozialistischen Kreisen, daß der 13. März vorläufig als Abstimmungstag für Überholzsen in Aussicht genommen sei. Das Blatt erklärt, daß diese Nachricht mit den in Paris gegebenen Informationen übereinstimme.

**Die Zahl der abstimmenden Reichsabgeordneten.** Zur Wahl in Oberschlesien haben sich innerhalb des Reichsgebietes 210 000 aus Oberschlesien ausgewanderte Wahlberechtigte gemeldet. Zu ihrer Beförderung in das Wahlungsgebiet hat der Reichsverkehrsminister 210 Eisenbahnzüge zur Verfügung gestellt.

Eine pseudohed R Königspartei ist, wie von dieser neuen Organisation selbst gemeldet wird, in Berlin ins Leben gerufen worden. Die Königspartei wird selbst keine parteidpolitische und parlamentarische Tätigkeit ausüben und den Parteien nicht Konkurrenz machen, sie will, wie sie sagt, vielmehr die Arbeit der politischen Parteien ergänzen und entlasten dadurch, daß sie die Parteien von dem Hindernis der monarchistischen Propaganda befreit und ihnen die Bahn frei macht für die Bildung von Regierungen allein zum Zwecke des ungestörten Wiederaufbaues Deutschlands.

**Englische Vorschläge für die Wiedergutmachung.** Zur Wiedergutmachungsfrage liegt eine Meldung der Daily Mail aus Paris vor, wonach die Vorschläge Englands für die Ministerkonferenz in Paris dahin gehen, Deutschland unter Vorbehalt der späteren endgültigen Festsetzung der Gesamtsumme jährliche Zahlungen von drei Milliarden Mark wahl einzulegen.

**Die grüne Internationale.** Wie nach Berlin gemeldet wird, wird der bulgarische Ministerpräsident Stambulinski mit dem polnischen Ministerpräsidenten in Warschau über eine Mar-

ung aller aderbautreibenden Völker Mit-  
Osteuropas beraten, die zum Unterschiede von der roten  
chen den Namen einer grünen Internationale erhalten soll,  
terreich unter amerikanischem Protektorat? Um die Mit-  
des Österreichischen Nationalrates u. andere hervorragende pol. Per-  
sönlichkeiten wurde eine Flugschrift vertrieben, worin erklärt wird,  
Österreich die einzige Rettung vor dem Untergang die  
unter das Protektorat Amerikas und die Bildung eines  
Bundes unter der Leitung Amerikas sei, die  
gezogenen Weg zur Vereinigung mit Deutschland  
bedeutet. Die Flugschrift legt dar, daß Österreich dann  
lohen staatlichen Kredit erhalten werden. Die Flugschrift  
zeichnet vom Weltcharitatenbund Atlantic Pacific in Wien,  
land übernimmt das französische Kabinett.  
Der Kammerpräsident Veret hat Millerand erklären müssen,  
es ihm nicht gelungen sei, das von ihm erstreute Kabinett  
und daß er die ihm anvertraute Mission deshalb als er-  
reichte. Nach der Ablehnung Verets hat Brantôme die  
des Ministeriums übernommen. Bis jetzt ist folgende Mi-  
täler bekannt: Brantôme, Ministerpräsident und Minister des  
en. Guitschau Marine, Veret als Innenminister, Justin  
nnt Unterricht, Urago Landwirtschaft, Raibert bleibt  
minister.

Von Stadt und Land.

Wue, 17. Januar 1921

**Pfarrer Temper †.** Eine schmerzhafte Trauerbotschaft kommt aus Dresden: Hugo Robert Temper, der langjährige Pfarrer unserer Nikolai-Gemeinde, seit 1916 Pfarrer der Johanneskirche in Dresden, ist am Freitag abend aus dem Leben geschieden, nachdem er, wie wir hören, schon seit dem Mai vergangenen Jahres infolge schwerer Erkrankung sein Seelsorgeramt nicht mehr hatte ausüben können. Die Kunde vom Tode Pfarrer Tempers wird bei unserer Einwohnerschaft ohne Zweifel inniges Weisid auslösen, denn der Verstorbene war uns lange Zeit hindurch ein lieber und hochgeschätzter Mithilfer, der sich auch außerhalb seines Amtes große Verdienste erworben hat, so z. B. auf dem Gebiete des Armenwesens und der Kinderfürsorge. In sein hiesiges Amt war Pfarrer Temper am 13. März 1904 eingewiesen worden, am 1. September 1916 verließ er unsere Stadt, um sich in seinen neuen Wirkungskreis zu begeben. Auf sein segensreiches Wirken und Schaffen hier selbst brauchen wir nicht näher einzugehen, es ist noch zu frisch in aller Erinnerung. Nicht unerwähnt aber wollen wir lassen, daß er der Schöpfer unseres hochentwickelten Margaretenstiftes ist, mit welchem Werke der Güte und Barmherzigkeit er sich selbst ein Denkmal für alle Zeiten geschaffen hat. Wir erinnern auch nur kurz daran, was für eine außerordentlich reiche Tätigkeit er entfaltet hat zum Besten des Frauenmissions-Nüchvereins und im Wirken für den Evangelischen Bund, für die Gemeinbediakonie, den evang.-luth. Männerverein, und wir rufen ferner ins Gedächtnis zurück, was für reiche Arbeit der Verstorbene, der Gründer des "Neuen Kirchenboten" war, auch für die politische Gemeinde geleistet hat als Mitglied vieler städtischer Ausschüsse. Mit diesen kurzen Hinweisen glauben wir hinreichend den Dank begründet zu haben, den unsere Stadt dem Verstorbenen schuldet, der morgen, Dienstag, nachmittag auf dem Alten Annenfriedhof in Dresden beigesetzt werden wird. Um 9 Uhr — das ist die ungefähre Zeit der Beerdigung nach vorangegangener Trauerei — werden die Glöckchen von St. Nikolai ihr Geläut erkönnen lassen als Scheibenschluß für den ehemaligen Seelsorger unserer Nikolai-Gemeinde. Pfarrer Lehmküller und zwei Herren des Kirchenvorstandes werden dem Verstorbenen als Vertreter der Gemeinde das letzte Geleite geben. Er ruhe in Frieden!

**Religionsunterricht in der Volksschule.** Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat unter dem 8. Januar d. J. eine Verordnung über die Anmeldung von Kindern zum Religionsunterricht der Volksschule erlassen. Darauf sollen bei Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule die Erziehungspflichtigen dem Schulleiter eine Erklärung abgeben, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Diese Verordnung ist ungeseztlich, da sie gegen Paragraph 149 der Reichsverfassung verstößt, wonach der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach der Volksschule ist. Auch bei anderen Lehrfächern, bei denen eine Befreiung möglich ist, etwa beim Turn- oder Gesangsunterricht, haben ja die Eltern diese Erklärung nicht abzugeben, sondern nur gegebenenfalls einen Antrag auf Befreiung zu stellen. Das gleiche ist beim Religionsunterricht der Hall. Einem Befreiungsantrag ist hier in dem Falle stattzugeben. Wie wir hören, hat das Kultusministerium bereits gegen die ungeseztliche Verfüzung des Kultusministeriums Protest eingelegt. Die Anmeldung von Kindern

Die Frist ist bereits abgelaufen. Daß die Anmeldung für Ostern 1921 fäme die Verordnung des Kultusministeriums überhaupt nicht in Frage, da eine nachträgliche Befragung des Gisen etwa durch die Schulleitung ebenfalls ungesetzlich wäre.

Reichsgründungsfeiern in Halle. Fünfzig Jahre deutscher Reichsgeschichte vollenden sich morgen, am 18. Januar, Fünfzig Jahre, in denen Reich und Volk innig miteinander verwachsen sind, in denen das Volk in innerer Lebenskraft sich glanzvoll entwidelte, bis es, noch ehe das halbe Jahrhundert seiner Geschichte vollendet wurde, einen tießen Fall tat. Trotzdem aber wollen wir uns bewußt sein, daß der Bau fest gefügt war, daß die Wunden, die ihm geschlagen worden sind, heilbar sind, wenn wir, die wir den Bau bewohnen, uns wieder auf uns selbst besinnen und Hand anlegen an die Arbeit des Wiederaufbaues. Der Stärkung dieses Gedankens sollen auch die Reichsgründungsfeiern dienen, die morgen in unserer Stadt abgehalten werden. Der Deutsche Demokratische Verein Halle und Umgegend gedenkt des Tages durch ein Beisammensein der Mitglieder abend 8 Uhr im Gesellschaftszimmer des Hotels Burg Wettin, die Deutsche Volkspartei Halle lädt ihre Mitglieder zu 14½ Uhr nach den Mittelräumen des Kaffee Tempel und der Deut schnationale Volksverein für Halle und Umg. veranstaltet eine mit Ehrung der Kriegsveteranen von 1870/71 verbundene Feier abend 8 Uhr im Wettiner Hof. Möge von den Feiern eine Kraft ausgehen, die aufrichtend und erhebend wirkt!

Chrenmitgliedschaft. Der Militärverein I ernannne Überrealschuloberlehrer Höhlfeldt in Anerkennung der manigfachen Verdienste, die er sich um den Verein erworben hat, zu einem Chrenmitgliede.

Generalversammlung des Sängerkontor Aue. Der Verein Sängerkontor Aue hielt am gestrigen Sonntag in seinem Vereinslokal delweih seine 17. Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete der 1. Schriftführer Mag. Heger. Er gab Umschluß über die umfangreiche Tätigkeit des Vereins im vergangenen Vereinsjahr und den erfreulichen starken Mitgliederzuwachs. Der Verein konnte im vergangenen Jahre 25 neue Herren als aktive Sänger und einen Herrn als passives Mitglied aufnehmen, sodaß der heutige Mitgliederbestand 77 aktive und 84 passive Mitglieder beträgt. Den durch den Tod im vergangenen Jahre entrichteten Fahnenspaten Maurermeister Liedert ehrte die Versammlung durch Erheben von den Plägen. Den Kasenbericht erstattete der langjährige 1. Kassierer Herm. Baumann; danach fann der Verein auf einen erfreulichen Abschluß zurückblicken. Die ausscheidenden 1. Vorstandsmitglieder wurden sämtlich wieder gewählt, die Leitung liegt in den Händen des bewährten 1. Liedermasters Bürgerschullehrers Joh. Kett und des 1. Vorstehers Paul Rosenbaum. Für das in diesem Jahre in Aue stattfindende Oberbergische Gau-Sängerbundesfest wurden die dazu nötigen Ausschüsse gewählt. Ferner wurde ein Haushaltungsplan für 1921 aufgestellt und eine Unterstützungs kasse für bedürftige Sangesbrüder gegründet.

Räkte in Aussicht? Der Witterungsumschlag, der unserem Maartal bei leichtem Frost wieder etwas Schnee brachte, erinnert uns daran, daß der Winter noch nicht vorüber ist. Ueber die Wetterausichten schreibt ein meteorologischer Fachmann: Die Niederradgebiete nehmen noch den größten Teil Europas ein, es befinden sich Hauptstörungen im hohen Norden, bei Königsberg und über Westdeutschland, und außerdem sind noch kleinere Teilstörungen vorhanden. Ein ausgedehntes Hochdruckgebiet liegt im Westen über dem Ozean, das einen Ausläufer bis Dänemark sendet. Ueber Norwegen herrscht strenge Räkte, die in Särna (Schweden) 27 Grad beträgt. Leicht winterliches Wetter mit etwas Schnee steht bevor, später auch strengere Räkte bei heiterem Wetter.

## Theater, Konzerte, Vergnügungen.

Spielplan der Vereinigung der Kunstsfreunde. Aus dem Blatte  
der Vereinigung der Kunstsfreunde wird uns geschrieben: Wie be-  
kannt, muß die Erneuerung der Abonnements bis spätestens zum  
20. Januar erfolgen. Der Spielplan der zweiten Bühnereihe wird  
u. a. folgende Theateraufführungen bringen: Frau Rat  
Goethe, eine Komödie von Paul Wertheimer, Des Meeres  
und der Liebe Wellen, Trauerspiel von Franz Grillpar-  
zer, Kollege Crampton, Lustspiel von Gerhart Haupt-  
mann, Was Ihr wollt, Lustspiel von Shakespeare, Dr.  
Klaush, Lustspiel von Ullertonge, Einsame Menschen,  
Trauerspiel von Gerhart Hauptmann und Goethes Iphigenie.  
Es werden also literarisch sehr beachtliche Vorstellungen geboten  
werden, um deren künstlerische Wiedergabe Mitglieder der städti-  
schen Theater in Chemnitz bemüht sein werden.

## **Das gefährdete Erbe**

# Das gefährliche Ende.

(14. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
Die kleine Wirtschaft dort war schnell aufgelöst gewesen. Ihre Nachfolgerin hatte mit Freuden die Wohnung übernommen. Neugierigen und enteisnehmenden Freunden gegenüber aber war sie vorsichtig ausgewichen, es brauchte vorläufig niemand zu erfahren, in was für neue Verhältnisse sie geraten waren. Denn daß ihr das Erbe Better Bodos zum Glück ausschlagen würde, war ihr zunächst noch sehr zweifelhaft. Man sollte sie in Caldenstein nicht beneiden, aber auch keine spöttischen Nachreden über ihre neue Schloßherrlichkeit auf den Rippen führen.

Ihre Übelbeleidung, die nach Radewig lautete, fiel nicht auf. Die danach fragten und es erfuhren, nahmen an, daß Fräulein Ritschbieter dort in eine ähnliche Stellung gegangen sei wie bei Tüllen und Bormetzer und auch Annelore von Lettau ihre Leidetätigkeit jetzt in dieser Stadt ausübe. Die alteingesessenen Mütter und Tanten hörten es mit Genugtuung; manch zaghaftem Besitzer des schönen Mädchens tat es heimlich leid. Um gewohnten Gleichmaß des Tages aber senkten sich die Nebel der Vergessenheit bald auch über diese ein-

Jusfiziat Sobrinf war in jeder Woche ein paarmal Guest auf Ginstorberg gewesen um Fräulein Mischlieter auf dem Laufenden zu erhalten. Die Ansprüche an die Hinterlassenschaft des alten Schlossherrn waren zunächst nicht wesentlich über das Maß hinaus gewachsen, das Sobrinf angenommen hatte. Für die Weinvorräte fanden sich eine ganze Reihe von Räusjern. Trotzdem hatte Sobrinf einen Abschluß noch hinausgeschoben und den Keller wieder verriegeln lassen, nachdem Herr Tobias Dauenhauer mit den ihm zustehenden hundert Gulden in sein längst erworbenes schwedisches Sandhäuschen vor dem Sezertor in Stockholm abgereisen war. Er hatte

das als einen Stangel von Vertrauen empfunden und  
größte dem Justizrat noch bitterer als in früheren Be-  
ten. Gleichwohl blieb er artig und unterwürfig ihm  
gegenüber und tat so, als ob alle Entschlüsse Sobrins  
mit seinem Einverständnis seien.

mit seinem Einverständnis geschehen.  
Der Justizrat war ihm nie grün gewesen. War  
nur es ihm nicht gelungen, dem mit allen Wässern ge-  
waschenen Patron je eine Unrechtmäßigkeit nachzuweisen zu  
können; indessen hatte ihm sein von umfassender Men-  
schenkenntnis geleitetes Gefühl stets vor ihm gewarnt.  
Und er zweifelte nicht daran, daß dieser vereinigte alte  
Bursche an der Ausbeutung seines Herrn durch städtische  
und ländliche Gauner vielfach stark bereitigt gewesen  
war.

Seine Dienertstelle hatte er im Einverständnis mit der neuen Schlossherrin völlig aufgegeben. Er war ein hoher Fünfziger und litt an der Gicht. Seiner festen Überzeugung nach eine Folge des nie ganz zur Ruhe kommenden Bugwindes, dem er in dem alten Schlossbau ja ehrtehrtelang ausgesetzt gewesen sei. Indessen war seine eigene Nase respektlos genug, dieser Unsicht durch ihren rosigen Schimmer zu widersprechen. In seiner neuen Behausung hoffte er zuberechtlich, das umstehende Uebel bald wieder los zu werden. Und Rahrungsorgen quälten ihn anscheinend nicht im geringsten.

„Alter Wein will seine Fliege haben!“ riefte er mit hochgeöffnetem Mund, um die Schlossherrin hinein zu bewegen, seine ihr testamentarisch angetragene Stille wahr werden zu lassen. Doch Tante Adelgunde war schwerhörig. Der Justizrat hatte sie gewarnt und die Versteigerung war natürlich mit ihrem Einverständnis geschehen.

Jede Mitternacht als Haushalterin indessen besorgte sie, wie vor die alte Barbara. Manchmal half ihr dabei eine rüstige Dirne aus dem Dorf, die wohl etwas prahlte, was ihr kein mache. Meistens standen

hegte sie abgelehnt. Und da Tante Ubelgunde sowohl als auch Unnelars nicht gefangen waren, die Hände im besten Schuß zu legen, sondern bei jedem Tagewerk flüchtig zugriffen, kam man vorherhand ganz gut aus.

Juristrat Sobrinck hatte einen alten erfahrenen Landwirt ausfindig gemacht, der auf der Welt weiter nichts mehr zu tun hatte, als seine Binsen zu verzehren und die Pfeife dazu zu rauchen. Wie er vor Jahren noch als unbegleiteter Bauernhofspächer durch eine Unserneis schwer in Bedrängnis geraten war, hatte ihm Bodo von Ginstorberg in grossherziger Weise aus der Farsche gerettet. Ohne die Hilfe zur rechten Zeit wäre der rüchtige Mann wohl nie zu seinem heutigen Wohlstand gelangt. Er hatte das dem Ginstorberger nie verzeihen können und empfand es als eine Art Dankesplikat über das Grab hinaus, seiner Erbin in den ersten schweren Zeiten nach Kräften zur Seite zu stehen. Für ein geringes Entgelt übernahm er mit Freuden die Regierung der arg vernachlässigten Wirtschaftsarbeiten. Darunter hatte Bodo selbst seine Hälber nicht mehr gesaut und die Verwaltung seines kleinen Waldbestandes dem herzoglichen Revierförster mit übertragen. Der Hegerichturm von Madamitz seine Unterkunft inne hatte. Es wäre bequem genug gewesen, bei dieser Entlastung in Büchern und anderen Schriftwerken Ordnung zu halten; aber darin sah es böse aus. Es ergaben sich Eintragungen, die doppelt bemacht waren. Unwesentliche Kleinigkeiten fand man vermehrt, während über beträchtliche Beträge nicht die geringsten Notizen aufzuzeigen waren. Es fehlten Verträge, in denen man hätte nachprüfen können, ob die Wachtelgeber auch in der richtigen Höhe bezahlt wurden. Postquittungen über beglichene Rechnungen fanden sich überall gestreut, selbst in den Westentaschen des Verstorbenen. Mit einem Wort: Es war ein unbeschreiblicher Wirtschaftschaos, den nur jemand schaffen konnte, der so viele Land- und Sachkenntnis, Taktik, Geduld und Geduld wie Mato Sobrinck besaß.

Deutschen Reiches werden Bildern aus der deutschen Kulturgeschichte vorgeführt werden, die hier noch niemals gezeigt wurden und die allen Besucherinnen einen hochinteressanten Abend versprechen. Deshalb sind alle Frauen und Jungfrauen unserer Stadt zu diesem Familienabend herzlich eingeladen.

Hugenabend des Erzgebirgsvereins Aue. Zu dem am Dienstagabend im Bürgergarten stattfindenden Hugenabend hat das in Erzgebirgsvereins-Kreisen geschäfte Tr. Siebenhaar aus Wittenberg veranlagt, ihre herrlichen erzgebirgischen Lieder mit Tanzunterhaltung zu Gehör zu bringen. Weiter hat Dr. Nöhrner jun. mit seiner vierzig Mann starken Sängerkapelle des Allgemeinen Turnvereins mehrere schöne Lieder zum Vortrage zu bringen übernommen. Durch allgemeine Gesänge und durch Dialektvorträge er bewährten Frau Pausch und einiger bekannten und etablierten Herren wird das Ganze umrahmt werden. Dies alles erwartet einen höchst genügsamen und heiteren Abend.

Auerhammer, 17. Januar. Auszeichnung von Feuerwehrleuten. Dem Spritzenzugführer Albin Ditt, dem Hornisten Rich. Scheffler und den Hörnern Ernst Gumpf und Gustav Schmidt der Freiwilligen Fabrikfeuerwehr F. A. Lange in Auerhammer wurde am Sonnabend das Ehrendiplom des Landesverbandes Sächs. Feuerwehren für 20jährige und längere Dienstzeit überreicht. Von der Firma F. A. Lange wurden die Jubilare durch Geldgechenkt.

Schwarzenberg, 16. Januar. Stromversorgungsverband. Auch die an das Elektrizitätswerk Oberzwickau angegliederten 81 Gemeinden mit 180 753 Einwohnern haben sich zur Wahrung ihrer Interessen zu einem Gemeindeverband zusammengeschlossen. Als Vorsitzender des Verbandes wurde Bürgermeister Strobel in Johanngeorgenstadt, alsstellvertretender Vorsitzender Gemeindeworstandsträger in Oberplanitz und als Geschäftsführer Bürgermeister R. Rosenfeld in Chemnitz gewählt.

Auerbach, 16. Januar. Die Aufhebung einer Ortschaftsversammlung wurde hier polizeilich verfügt. Etwa 50 Herren waren in der Bierhalle am Altmarkt versammelt um einen Vortrag über die Organisation des Fortfalls der Ortschaft anzuhören. Auf Grund des ministeriellen Verbotes der Ortschaft in Sachsen wurde die Versammlung von einem Kommissar der Landespolizei aufgehoben. Unter den Bravouzen der Anwesenden wies Rechtsanwalt Beutler darauf hin, daß es der vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands erlaubt sei, regelmäßig eine öffentliche Versammlung im Schützenhaus anzudringen, in der man dem Bürgertum wieder Tuschtag und Verachtung verheilen würde, während es dem Bürgertum untergeht, mit Macht und Ordnung im Lande einzutreten.

Dresden, 16. Januar. Festnahme einer Geldfärderbande. Durch umfangreiche Erörterungen ist es der Dresden Kriminalpolizei gelungen, einer Geldfärderbande auf die Spur zu kommen und schließlich nach Festnahme von neun Personen die Geldfabrik zu ermitteln. Für etwa 50 000 M. gefälschte Fünfzigmarkscheine der Ausgabe vom 24. Juni 1919, sowie die zur Herstellung benutzten Platten, Preßton usw. wurden beschlagnahmt. Von den gefälschten Scheinen dürften noch für etwa 50 000 M. in Umlauf sein.

Dresden, 16. Januar. Stiftung. Der feilhäre Schuhmachermeister Aug. Hänsel im benachbarten Wittichenau hat eine Stiftung von 50 000 M. errichtet, deren Insassen nach seinem Tode zu Wohltätigkeitszwecken verwendet werden sollen. Die Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Stifter zum Ehrenbürgern unserer Stadt zu ernennen und einen Platz der Straße nach seinem Namen zu bezeichnen.

### Vermischtes.

Die Flucht der Denkmäler. Die verschiedenen Attentate, die in den letzten Monaten auf die Denkmäler in Oberfranken verübt worden sind, haben jetzt zu einer seltsamen Maßnahme der oberfränkischen Städte geführt. Wie aus Bayreuth gemeldet wird, hat die Stadt Tarnowitz das Denkmal vom Marktplatz abmontieren und in Sicherheit bringen lassen. Dieser Tag hat auch die Stadt Beuthen das auf dem Kaiserplatz stehende Denkmal Friedrichs des Großen vom Sockel genommen und in sicherer Gewahrsam übergeführt. Der Aufenthaltsort wird vorbehoben. Deutscherkrieg und Notgeldscheine. Einen eigenartigen Bereich erlaubte sich der Deutscherkrieg bei der Herstellung von Notgeld für die Stadt Wallenstedt. Mehrere Tausend in Verkehr gebrachte Scheine enthalten nämlich vorn die Wertangabe 50 M. und auf der Rückseite 25 M. Für Sammler bilden diese Scheine natürlich ein gesuchtes Objekt.

Zwei Anzeigen als Zeichen der Zeit. In einer Rostocker Zeitung stand die folgende Anzeige: Zum Stadtpark! Mittwoch: Gruppe Arbeitslosen 11. Eintritt frei. Anfang 7½ Uhr. Im Eisdorf Waren, das amerikanische Besatzung hat, bringt es Postblatt nachstehende Anflöhnigung: Tanzvergnügen. Heute

Donnerstag abend 7 Uhr beginnt im Hotel zur Reichspost ein allabendlich stattfindendes amerikanisches Tanztheater. Jede Dame erhält pro Tanz 1 M. (1). Civilisten haben keinen Zutritt (1).

Auch ein Geschäft. Aus einem Dorfchen in der Nähe von Halle wird folgendes Geschichtchen erzählt: Eine Kriegerwitwe muß infolge finanzieller Schwierigkeiten ihre Gastwirtschaft verkaufen. Sie bekommt den Preis von 42 000 M. für Haus, Hof und Inventar. Zu letztem gehört auch ein Orchester. Ein zufällig im Dorf anwesender Großhändler hatte Interesse für das Instrument und kaufte es für 45 000 M., so daß der neue Besitzer mit 3000 M. Gewinn das Lokal besitzen kann.

Jene Sorte von Damen. Im Wintersportdorf Oberndorf in Oberbayern hat die Ortspolizeibehörde das öffentliche Erstellen von Damen in Hosen verboten und Zwiderhandlungen mit Strafe bedroht. In der Bekanntmachung heißt es: Die Verführung richtet sich insbesondere gegen jene Sorte von Damen, die innerhalb des Ortes, in den Kaffees und in den Hotels in einer Hosentracht auftreten, die in Schnitt und Farbe jedem Anstandsgefühl höhne spricht. Man ist nicht gewillt, dieses anständige Verhalten länger zu dulden oder übernahmen zu lassen. Das Tragen von Kleidern zum Sportbetriebe wird vor der Verfügung nicht berücksichtigt.

### Letzte Drahtnachrichten.

#### Thronmet im besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 17. Januar. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Koblenz: Die Besatzungsbehörden gehen in letzter Zeit wieder mit ausgesuchter Strenge gegen die deutschen Behörden und die deutsche Bevölkerung im Rheinlande vor. Der Landrat Leiningen von Neuß erhielt 8 Monate Gefängnis und 10000 Maf. Geldstrafe wegen Ungehorsams gegen den englischen Schöffen. Hier in Koblenz sind vier Beamte der Reichsvermögensverwaltung ihres Amtes enthebt worden, weil sie einer Requisitionsforderung nicht rechtzeitig nachgekommen waren.

#### Eisenbahners-Vereinigung.

Berlin, 17. Januar. In mehreren gestern abgehaltenen Versammlungen nahmen die Berliner Eisenbahnerarbeiter Stellung gegen die jüngsten Bewilligungen der Regierung in der Wohnfrage. Nach den Versammlungen bewegten sich mehrere Tage nach dem Friedenshafen, und später ein Zug nach dem Kurfürstendamm, wo er sich aufhielt. Zwischenfalls kamen nicht vor.

#### Schr. schwache Verständigung!

Berlin, 17. Januar. Zu einer Erinnerungsfest, welche die kommunistische Arbeiterpartei für Liebfrae und Moja Ljubljana in Friedrichshain veranstaltete, erschienen anfänglich nur etwa 50 Personen, denen sich nach und nach 120 Mitglieder der kommunistischen Jugend anschlossen. In Friedrichshain wurden Kränze auf den Gräbern der dort bestatteten Märtyrer niedergelegt.

#### Das neue französische Kabinett.

Paris, 17. Januar. Um 6 Uhr abend begab sich Briand gestern ins Eigent und unterbreitete dem Präsidenten der Republik die Liste des neuen Ministeriums. Diese legt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident und Minister des Neuen Maréchal, Justizminister Bonnevay, Minister des Innern Maréchal, Kriegsminister Barthou, Marineminister Guist-Hau, Finanzminister Paul Doumer, Minister für die besetzten Gebiete Louchard, Kolonialminister Gouraud, Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer, Minister für Posten Maginot, Handelsminister Lucien Dior, Ackerbauminister Pesson du Pre, Gesundheitsminister Beredu, Minister für Unterricht und Künste Berard. Briand begab sich darauf ins Ministerium der öffentlichen Arbeiten, wo ein Ministerstab in Anwesenheit aller Minister stattfand. Gestern abend 9 Uhr sollten die neuen Minister dem Präsidenten der Republik vorge stellt werden. Die offiziellen Verträge über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts erschienen heute früh im Anschluss. Im Minnungsamt stand ein Meinungs austausch statt, der heute früh in einer neuen Zusammenkunft, die auf 9 Uhr angelegt ist, fortgesetzt werden soll. In diesem Minnungsamt werden die Unterstaatssekretäre ernannt werden.

#### Unzufriedenheit in Sovjetrußland.

Kopenhagen, 17. Januar. Der Berliner Tidende wird aus Helsingfors gemeldet, daß in der legenden Zeit unter den sowjetischen Truppen, besonders in Weißrussland, sich starke Unzufriedenheit gezeigt habe darüber, daß trotz des Versprechens der Sovjet-

regierung nicht mit der Heimsendung der Truppen begonnen wurde. Die Soldaten haben im Gegenteil zwecks eines neuen Feldzuges vollkommen neue Ausrüstung erhalten. Besonders stark ist die Mißtimmung unter dem Heere in Witebsk. Anfang Januar wuchs sie derartig, daß eine allgemeine Meuterei ausbrach. Die Soldaten verlangten die sofortige Heimsendung. Die erschrockten Kommissare ließen die Führer der Aufständischen sofort gefangen nehmen und sie vor dem Kaiserkontor aufhängen. Über die weitere Entwicklung der Lage in Witebsk fehlt bisher jede Nachricht.

Kopenhagen, 17. Januar. Politiken berichtet aus Riga: Aus Moskau kommen Meldungen, daß im Gouvernement Podolien ersten Bauern zu hohen ausgetragen sind, die von dem ukrainischen Oberst Petrun geleitet werden. Die Räteregierung befürchtet, daß der Aufstand sich auch auf die Nachbargebiete ausbreiten könnte, da die Stimmung unter den Bauern in der Ukraine äußerst erregt ist.

#### Der rote Terror.

Paris, 17. Januar. Dem Journal des Débats wird aus Lemberg gemeldet, die dortigen Blätter teilen mit, daß in Tarnopol und in mehreren Städten Ostgaliziens mehr als 6000 Flüchtlinge aus der Sowjetukraine angekommen seien, die erzählen, daß die Bolschewisten daselbst Pogrome organisiert haben, und daß überall der rote Terror herrscht.

#### Spaltung der norwegischen Sozialisten.

Kristiania, 17. Januar. Auf der Landeskongress der sozialdemokratischen Oppositionsgruppe wurde gegen 5 Stimmen der Vorschlag des Vorstandes angenommen, wonach die Opposition unter dem Namen sozialdemokratische Partei Norwegens sich als eigene Partei erklären soll. Alle Sozialdemokraten, die mit den Moskauer Bolsheviken nicht übereinstimmen, werden aufgefordert, sich der neuen Partei anzuschließen. Alle sozialdemokratischen Oppositionsgruppen, die ihre ganze Aufgabe in einer möglichst schnellen Sozialisierung des wirtschaftlichen Lebens sehen, werden in die neue Partei aufgenommen.

#### Abdankung des Schahs von Persien.

Paris, 17. Januar. Wie Tidende berichtet, hat der Schah von Persien abgedankt. Auch Temps verzichtet das Schrift, bemerkt aber dazu, daß die bei der französischen Regierung eingegangenen Telegramme noch keine Bestätigung dieser Nachricht enthalten, sondern nur melden, daß das persische Kabinett zurückgetreten ist.

#### Kirchenkreisrichtherr.

St. Nikolai.

Dienstag, 16. Jan., abd. 8 Uhr i. gr. Pfarrhausale Frauenabend d. Frauenvereins m. Lichtbildvorführung. — Mittwoch, 17. Jan., abd. 8 Uhr i. gr. Pfarrhausale Bibest. ab. Daniel 8; Post. Dertal. Konfirmationsstunden d. 1. Kl. fallen aus. — Donnerstag, 20. Jan., abd. 8 Uhr i. d. Kirche. Missionsabend, Vortrag d. Hrn. Missionsdirektors D. Paul Leipzig ab. Ostafrikanische Mission. Männerverein u. Christl. Verein i. Männer besuchen diesen Abend. — Freitag, 21. Jan., abd. 17 Uhr i. fl. Saal d. Pfarrhauses Begründung eines Bibelzirkus f. Töchter. Es sind alle konfirmierten Töchter d. Gemeinde herzl. eingeladen. Post. Herzog. Abd. 8 Uhr i. gr. Pfarrhausale Versammlung, die Kirchenvorstandswahl betr.

### Amtliche Bekanntmachungen.

#### Befreiung der Bezirks-Siedlungsmittelkarte

in der Woche vom 17. bis 23. Januar 1921.

Rote Karte (für Kinder im 1. bis 4. Lebensjahr)

Milch D 25: 260 g Kochmehl.

Schwarze Karte (für Erwachsene) Milch B 18: 280 g Kochmehl. Außerdem werden auf die neue Speisekarte B Abschnitt B 170 g Butter ausgegeben.

Verkaufspreise:

Kochmehl 4.80 Mark für 1 Pfund,

Butter 27.— Mark für 1 Pfund.

Schwarzenberg, am 17. Januar 1921.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

#### Aue. Säuglingsfürsorgestelle.

Die Beratungsstunden der städtischen Säuglingsfürsorgestelle finden von jetzt ab jeden Dienstag und Donnerstag vormittag 8 bis 10 Uhr im Stadhause, im Zimmer zwischen den beiden Stadtvorordnetenfigurinen, Eingang Lessingstraße, II Treppen, statt.

Uhr., 14. Januar 1921. Der Rat der Stadt.

— Wohlfahrtsamt.

Am Sonnabend entschlief sanft im 78. Jahre seines reichsgesegneten Lebens unser guter Vater und Großvater

### Oskar Walther

in Börnichen bei Oederan

Dies zeigt hiermit an

Familie Ernst Hutschenreuter.

#### Familiendrucksachen

in sauberster und geschmackvoller Ausführung

lieferst prompt und preiswert die Buchdruckerei

Auer Tageblatt.

**Kaufhaus Weihbold Inventur-Ausverkauf!**

#### Statt besonderer Meldung.

Am Abend des 14. Januar ging der treue Diener seines Gottes, mein geliebter, teurer Mann, unser guter Bruder und Schwager, der

Pfarrer der Johanneskirche

**Hugo Robert Temper**

Inn. d. K.-V.-K.

nach langem, schwerem Leiden heim ins ewige Vaterhaus.

In tiefstem Leid

**Margarethe Temper** geb. Albrecht  
zugleich im Namen der Geschwister.

Dresden (Pestalozzistr. 7), Cunersdorf b. Königstein, Olbernhau i. Erzgeb.

Die Trauerfeier findet Dienstag nachmittag 2 Uhr in der Johanneskirche, daran anschließend die Beisetzung auf dem „Alten Annenfriedhof“, Chemnitzerstr. statt.

